

Veranstaltungsbericht

Podiumsdiskussion

1989/90 – Friedliche Revolution und Ende des Kalten Krieges

4. Dezember 2013 | 18.00 Uhr | Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur | Kronenstraße 5 | 10117 Berlin

Im Rahmen der Reihe „Machtkämpfe: Vom 17. Juni 1953 bis zum Ende des Kalten Krieges“ luden der Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Berlin, rbb-Inforadio und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur am Abend des 4. Dezember zur Podiumsdiskussion zum Thema „1989/90 – Friedliche Revolution und Ende des Kalten Krieges“ ein.

In seiner Begrüßungsansprache resümierte der Berliner Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Martin Gutzeit, dass sich die erste Hälfte der Veranstaltungsreihe in 2013 mit Aspekten beschäftigt habe, die zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR geführt hätten, um sich im zweiten Halbjahr den Aufständen in der DDR 1953, in Ungarn 1956, in der Tschechoslowakei 1968 und der Solidarność-Bewegung 1980/81 in Polen zu widmen. Die Veranstaltung zur Friedlichen Revolution in der DDR 1989/90 und dem Ende des Kalten Krieges setze nun den vorläufigen Schlusspunkt der Reihe. Vor dem Hintergrund der Frage „Wieso war 1989 plötzlich alles anders?“ diene die Podiumsdiskussion dazu, Bilanz zu ziehen und die großen Linien der Entwicklung aufzuzeigen.

Der Historiker Prof. Dr. Wilfried Loth wies in seinem Einführungsvortrag darauf hin, dass verschiedenste Faktoren den politischen Umbruch 1989/90 beeinflusst hätten: „Wirtschaftliche, technologische Entwicklungen, gesellschaftliche Veränderungen, kulturelle Lernprozesse, kluge Politik, Mut und Engagement von Freiheitsbewegungen“. Um diese Faktoren zueinander in Beziehung zu setzen, eröffnete er einige Perspektiven auf die Entwicklungen: Er begann mit dem Verhältnis zwischen dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und dem sowjetische Staats- und Parteichef Michael Gorbatschow. Während Ronald Reagan schon 1984 die Reziprozität von Abschreckungsdrohungen erkannt habe, sei auch Michael Gorbatschow schon vor seiner Zeit als Generalsekretär von der Notwendigkeit vertrauensbildender Maßnahmen und einer gemeinsamen Sicherheitspolitik überzeugt gewesen. Beiden sei es gelungen, bald nach dem Amtsantritt Michael Gorbatschows im März 1985 ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, binnen zwei Jahren von den etablierten Sicherheitsdoktrinen ihrer Vorgänger abzurücken und sich auf konkrete Abrüstungsmaßnahmen zu einigen. Damit sei ein Durchbruch zur gemeinsamen Organisation von Sicherheit sowie zur Schaffung einer neuen Weltordnung gelungen.

Gleichzeitig sei diese neue sowjetisch-amerikanische Atmosphäre des Vertrauens hilfreich für das Perestroika-Konzept Michael Gorbatschows gewesen, welches den zweiten zentralen Punkt in Professor Loths Vortrag

bildete. Als Angehöriger der 1956er-Generation, in der Phase der Entstalinisierung sozialisiert, habe sich der neue Kreml-Chef den Blick auf die Realitäten im sowjetischen Imperium weniger durch Ideologie versperren lassen, sondern auf einen besseren Sozialismus hingearbeitet. Im Zuge von Glasnost, der zweiten Säule in Gorbatschows Konzept, seien unter anderem die Zensur gelockert, fast alle politischen Dissidenten entlassen und Funktionsträger zunehmend kritisiert worden. Als weiteren Schritt habe Michael Gorbatschow mit den geheimen Wahlen zum Volksdeputiertenkongress im März 1989 in der Sowjetunion eine politische Pluralisierung und damit eine gestärkte Selbstverantwortung der sozialistischen Gesellschaft durchgesetzt, die er auch in den sozialistischen Bruderstaaten erreichen wollte. So habe er bereits 1988 betont, dass jedem Volk die „Freiheit der Wahl“ zustehe. Die Entwicklung, etwa in Ungarn 1988 und Polen 1989, hätte gezeigt, dass die Völker unter Anwendung dieser Freiheit nicht am Kommunismus festhalten wollten.

Die Öffnung des Stacheldrahtes an der ungarisch-österreichischen Grenze am 2. Mai 1989 beschrieb Prof. Wilfried Loth als besonders einschneidendes und folgenreiches Ereignis. Er leitete damit auf die DDR und ihre Bürger über, die diesen Anlass in großer Zahl zur Flucht nutzten. Als die DDR-Regierung Reisen nach Ungarn verbot, habe dies zu Demonstrationen geführt, auf denen nicht nur Reisefreiheit, sondern auch grundlegende Reformen in der DDR gefordert wurden. Der Historiker benannte einige wichtige Stationen des Jahres 1989, wie den friedlichen Verlauf der Demonstration am 9. Oktober in Leipzig, die Verkündung des neuen Reisegesetzes und die damit verbundene Öffnung der Grenze am 9. November sowie die Einrichtung des Zentralen Runden Tisches am 22. November und den Rücktritt des Politbüros am 3. Dezember 1989.

Schließlich ging Professor Loth auf einige wichtige Aspekte auf dem Weg zur Deutschen Einheit ein. Nach der Maueröffnung sei einerseits kein Ende der Ausreisewelle abzusehen gewesen, andererseits sei vielen DDR-Bürgern durch den Besuch in der Bundesrepublik die Diskrepanz des Lebensstandards zwischen Ost- und Westdeutschland deutlich geworden. Während die Idee der oppositionellen Gruppen für einen demokratischen Sozialismus unter diesen Umständen nicht mehr mehrheitsfähig gewesen sei, habe eine starke Mehrheit der Bevölkerung auf eine schnelle Deutsche Einheit gedrängt. Dies habe sich unter anderem bei dem Empfang von Bundeskanzler Helmut Kohl am 19. Dezember 1989 in Dresden und bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 mit dem Plebiszit für die rasche Einheit nach Artikel 23 des Grundgesetzes gezeigt. Nachdem Kohl bereits am 28. November 1989 seinen 10-Punkte-Plan vorgestellt hatte, sei Gorbatschow angesichts der Entwicklungen in der DDR in die Offensive gegangen und habe sich für die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen eingesetzt. Diese Gespräche sollten über die „Art der Wiedervereinigung und den künftigen internationalen Status des wiedervereinten Deutschlands“ befinden. Dabei sei der sowjetische Staatschef, im Interessen einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur, zwar gegen eine NATO-Mitgliedschaft Deutschlands gewesen, habe jedoch nachgeben müssen und den Deutschen am 31. Mai 1990 das Selbstentscheidungsrecht über ihre Bündniszugehörigkeit zugebilligt.

In der anschließenden Podiumsdiskussion ging Markus Meckel, letzter Außenminister der DDR und Ratsvorsitzender der Bundesstiftung Aufarbeitung, noch einmal auf das Vertrauensverhältnis zwischen Ronald Reagan und Michael Gorbatschow ein. Das Besondere sei gewesen, dass der US-Präsident für die gewinnende Persönlichkeit des sowjetische Parteichefs offen gewesen sei. Der Historiker Prof. Dr. Jürgen Kocka plädierte dafür, das Handeln der Akteure nicht nur aus den Personen heraus zu erklären, sondern auch mit den strukturellen Zwängen. In der Sowjetunion hätten verschiedene Faktoren, wie die Ausreizung der ökonomischen Leistungsfähigkeit, die Verstärkung der Nationalitätenkonflikte sowie die Niederlage im Afghanistankrieg eine Drucksituation erzeugt, unter der Gorbatschow habe handeln müssen.

Außerdem wies Professor Jürgen Kocka darauf hin, wie überraschend und unerwartet die Ereignisse eintraten. Wilfried Loth illustrierte die Unvorhersehbarkeit der Entwicklungen, indem er sich an das im März 1989 verfasste Vorwort seines Buches „Ost-West-Konflikt und deutsche Frage“ erinnerte. Hier habe er formuliert: „Von deutscher Wiedervereinigung spricht heute kein Mensch mehr“. Auch Markus Meckel bestätigte aus eigenem Erleben, dass mit einem so raschen Fortgang der Ereignisse nicht zu rechnen gewesen sei. Seine ersten oppositionellen Aktivitäten in den 1970er- und 1980er-Jahren seien eher moralisch motiviert als politisch operativ ausgerichtet gewesen. Die Überzeugung, dass man mit dem eigenen Handeln die Verhältnisse zugunsten von Demokratie und Einheit ändern könne, sei nicht vorhanden gewesen. Dies habe sich erst Ende der 1980er-Jahre geändert, als der Politikwechsel in Moskau und die Stimmung in anderen sozialistischen Staaten neue Handlungsspielräume vermuten ließ. Zudem sei, als der Zentrale Runde Tisch Ende 1989 eingerichtet wurde, an eine Einheit lediglich als entferntes Ziel zu denken gewesen.

Moderator Harald Asel vom rbb-Inforadio stellt fest, dass Markus Meckel einige Parallelen zwischen der Entwicklung in der DDR und anderen sozialistischen Staaten gezogen habe. Im Verlauf der Podiumsdiskussion wurden aber auch signifikante Unterschiede deutlich. Beispielsweise hatte Markus Meckel betont, dass die westdeutschen Medien wichtig gewesen seien, um unter anderem von den Geschehnissen in Leipzig zu erfahren, die Wahlfälschung bei den Kommunalwahlen 1989 publik zu machen oder den Aufruf zur Gründung der SDP zu verbreiten. Der ungarische Schriftsteller György Dalos erklärte, in seinem Land habe vor allem der Sender „Freies Europa“ (Radio Free Europe) eine wichtige Rolle gespielt.

Er betonte außerdem, dass die Ausgangsposition und Mentalität in Ungarn eine andere gewesen sei. In Ungarn sei man überrascht gewesen, wie tief die DDR-Opposition im Marxismus verhaftet gewesen sei. Als Unterzeichner der „Charta 77“ habe er zudem im Gegensatz zu deutschen Akteuren weniger die Repressalien der Polizei als vielmehr die Kritik der Intelligenzija an den zurückhaltenden Schritten gefürchtet.

Im Anschluss machte Prof. Jürgen Kocka auf drei weitere Unterschiede aufmerksam. Zunächst habe sich die Entwicklung in Ungarn über einen längeren Zeitraum erstreckt und viel mehr Vereinbarungen zwischen Opposition und Regierung beinhaltet. In der DDR, in der die Situation viel starrer gewesen sei, wäre dies undenkbar gewesen. Stattdessen hätten sich die Veränderung hier viel explosiver und revolutionärer als in Ungarn entwi-

ckelt. Zweitens sei die Rolle der Kirchen in der DDR viel stärker als in Ungarn gewesen. Als dritten Punkt nannte der Historiker die nationale Frage, die in Ungarn unter dem Banner der nationalen Emanzipation das Aufbegehren gegen die sowjetische Hegemonie und das diktatorische System begründen konnte. In der DDR habe diese Frage immer zugleich die Infragestellung des Staates bedeutet, was das Agieren der DDR-Dissidenten erheblich erschwerte.

Einen weiteren Punkt der Diskussion bildete der Begriff der Friedlichen Revolution. Prof. Jürgen Kocka ging dabei auf die Merkmale der Revolution als eine systemische Veränderung in relativ kurzer Zeit ein. Er verdeutlichte, dass dies gerade auf die DDR und auch die Tschechoslowakei – anders als in Polen und Ungarn, wo es sich um längerfristige Prozesse gehandelt habe – zutrefte. Die Rolle der Gewalt rücke in diesem Verständnis des Revolutionsbegriffes, der infolge der Erfahrungen der Jahre 1989/90 auch eine Veränderung erfahren habe, in den Hintergrund. Gleichzeitig vertrat György Dalos die Position, dass der ungarischen Umbruch „absolut friedlich, sogar zu friedlich“ gewesen sei, wofür man heute „die Zeche zahlt“. Prof. Jürgen Kocka resümierte schließlich, dass diese bemerkenswerte Skepsis des Schriftstellers zeige, wie unterschiedlich sich die Bilanzierung der Ereignisse um 1989/90 in den einzelnen Regionen entwickle. Dennoch hätten die Umwälzungen nicht nur einen epochalen Fortschritt für die Staaten des Ostblocks, sondern auch für Europa bedeutet.

Anja Schröter